

Appell zu solidarischem Handeln und demokratischem Engagement



Stellungnahme der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in Niedersachsen (IKDR) zu Corona- Protesten

In Anbetracht der seit Wochen anhaltenden Corona-Proteste ruft die Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in Niedersachsen (IKDR) zu einem weiterhin verantwortungsbewussten Verhalten auf. Damit verbunden sind der Dank für die bisher gelebte Solidarität sowie ein Appell zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und aktivem Einsatz für die Demokratie.

Beeindruckend ist das hohe Engagement aller Mitarbeitenden im Gesundheitswesen, die zusammen mit der Rücksichtnahme der Bürger*innen viele Menschenleben gerettet haben. Die weitreichenden Einschränkungen im öffentlichen, beruflichen und privaten Leben wirken, da sie von der überaus großen Mehrheit der Gesellschaft getragen werden.

Wir teilen die Ängste vieler Menschen über die wirtschaftlichen Folgen der Krise und den Verlust des Arbeitsplatzes. Wir stehen an der Seite derjenigen, die Sorge um das Wohl ihrer Kinder haben. Unsere Verbundenheit gilt denen, die um ihre Gesundheit und ihr Leben fürchten.

Die Balance zwischen Beschränkung aus Verantwortung und Öffnung zur freien Entfaltung des Lebens muss immer wieder gesucht werden. Die Verantwortung für das Leben ist dabei der Kompass, der im Gebot der Nächstenliebe begründet ist.

Wir sind besorgt darüber, dass eine Gruppe von Menschen den Aspekt der Verantwortung außer Acht lässt und mit ihrem Verhalten im öffentlichen Raum das eigene Freiheitsbedürfnis über alles stellt. Wir wenden uns gegen jede Form von Verschwörungstheorien. Eindringlich warnen wir vor antidemokratischen und anderen fundamentalistischen Strömungen innerhalb der Corona-Protestszene.

Rechtsextreme organisieren in einer Reihe von Regionen die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Sie tragen ihre demokratiefeindlichen Symbole in den öffentlichen Raum. Es sind dieselben rechtsextremen, rechtspopulistischen und nationalistischen Gruppen, die schon beim Höhepunkt der Flüchtlingsdebatte aktiv waren. Ihr eigentliches Ziel aber ist es, den Staat und unsere Demokratie abzuschaffen.

Grundlagen allen Handelns einer aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft sind aus unserer Sicht die Orientierung an der Vernunft und an wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie die gemeinschaftliche Suche nach verträglichen Lösungen. Gerade in einer Zeit, die uns viel zumutet, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt von größter Bedeutung. Wir ermutigen dazu, in dieser solidarischen Haltung zu bleiben und gemeinsam friedlich für die Demokratie einzustehen.

Im Namen der Sprecher*innenrates der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in Niedersachsen

Wilfried Manneke
(Vorsitzender)

Antje Marklein
(Stellvertretende Vorsitzende)

Weitere Informationen bei der Geschäftsführung im Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers:

Lars-Torsten Nolte
0511-1241-689

Lars-Torsten.Nolte@evlka.de

Felix Paul
0511-1241-560

Felix.Paul@evlka.de